



Inhalt	Seite
Steuerstrafrechtliche Haftung des Steuerberaters	1
– Pflichten des Steuerberaters	
– Mängel in der Buchführung und der Bilanz	
– Anmerkung zu zivilrechtlichen Aspekten	
– Weiterführende Rechtsprechungshinweise	
(OLG Bremen, Beschl. v. 26. 4. 1985 – Ws 111/84, 115/84, 116/84 – Strafverteidiger 1985, 282)	
GI-Hinweis zu Fehlerquellen im Finanzgerichtsprozeß	4
Prospekthaftung einer Steuerberatungsgesellschaft	5
– Treuhänderin in Bauherrenmodell	
– Haftung wegen unrichtiger Prospektangabe	
– Haftungsausschluß für einfache Fahrlässigkeit	
– Vereinbarung einer Verjährungsfrist von 6 Monaten	
– Weiterführende Hinweise aus Rechtsprechung und Literatur	
(OLG Celle, Urt. v. 25. 7. 1985 – 14 U 223/84, rechtskräftig)	
GI-Hinweise zu Schätzungsveranlagungen	11
1. OFD Köln zu rechtskräftigen Schätzungsbescheiden (§ 162 AO)	
(Verfügung OFD Köln v. 2. 7. 1985, Az. S 0335/4 St 313, Steuertelex Kennziffer 4143)	
2. Vorbehalt der Nachprüfung bei Schätzungsveranlagungen	
(Erlaß Saarland v. 8. 7. 1985 – B II – 295/85 – S 0337 A, Steuertelex 49/8)	
GI-Leitsätze	12

Steuerstrafrechtliche Haftung des Steuerberaters

- Pflichten des Steuerberaters
- Mängel in der Buchführung und der Bilanz
- Anmerkung zu zivilrechtlichen Aspekten
- Weiterführende Rechtsprechungshinweise

(OLG Bremen, Beschl. v. 26.4.1985 – Ws 111/84, 115/84, 116/84 – Strafverteidiger 1985, 282)

Leitsatz:

Grundsätzlich ist ein Steuerberater nicht verpflichtet, eigene Nachforschungen anzustellen, um die Angaben des Steuerpflichtigen auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen, wenn er seinen Auftraggeber über seine Pflichten belehrt hat. Er ist auch nicht verpflichtet, die von ihm eingereichten Unterlagen auf ihre Ordnungsmäßigkeit hin zu überprüfen. Der Steuerberater ist nicht Sachwalter der Finanzbehörden.

Aus den Gründen:

Auch soweit die Angeschuldigten als Steuerberater mit der Buchführung oder Aufstellung der Bilanzen befaßt waren, dürfen die Anforderungen nicht überspannt werden. Denn stets ist zu beachten, daß der Steuerberater insoweit auf die Angaben des Steuerpflichtigen angewiesen ist (vgl. Kohlmann Steuerstrafrecht RN 70 zu § 378 mit Hinweis auf RG in RGStBl. 1937, 483) und er diese Angaben häufig gar nicht überprüfen kann (vgl. RG JW 1933, 443; OLG Stettin JW 1933, 345). Grundsätzlich ist der Steuerberater nicht verpflichtet, eigene Nachforschungen anzustellen, um die Angabe des Steuerpflichtigen auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen, wenn er seinen Auftraggeber über seine Pflichten belehrt hat (vgl. Kohlmann a.a.O. RN 71 zu § 378 mit Hinweis auf OLG Königsberg JW 1930, 735). Dabei ist zu beachten, daß der Steuerberater Helfer des Steuerpflichtigen und nicht Sachwalter der Finanzbehörde ist (vgl. BGH DStR 1955, 324).

In der zitierten Entscheidung hat der BGH ausgeführt:

„Eine besondere Treuepflicht des Steuerberaters und Helfers in Steuersachen gegenüber den Steuerbehörden besteht nicht.“

Auch gibt es keine steuerrechtlichen Vorschriften, die den Steuerberater verpflichten, die von ihm eingereichten Unterlagen auf ihre Ordnungsmäßigkeit hin zu überprüfen (vgl. Kohlmann a.a.O. RN 72 zu § 378;

Kalbhenn DStZ/A 246; Paulick DStZ/A 1957, 181). Auch dann, wenn unrichtige Angaben aus Mitteilungen der Steuerpflichtigen oder Dritter in die Steuererklärungen der Angeschuldigten eingeflossen sind, wird ihnen also – wenn ihnen die Kenntnis der Unrichtigkeit dieser Angaben nicht nachzuweisen ist – im Sinne der „Leichtfertigkeit“ nur unter besonderen Umständen ein Vorwurf gemacht werden können.

Hinzuweisen ist schon an dieser Stelle auf folgendes: Die Pflichten des Steuerberaters sind auch in bezug auf die Buchführung beschränkt. Entdeckt der Steuerberater Mängel in der Buchführung, so ist er z. B. nicht verpflichtet, der Finanzbehörde davon Kenntnis zu geben (vgl. BGH DStR 1955, 324; Kohlmann a.a.O. RN 76 zu § 378). Der BGH führt a.a.O. aus:

„Es besteht für die Angehörigen der steuerberatenden Berufe keine Pflicht zur Angabe von Mängeln der Buchführung in der Steuererklärung. Insbesondere ist die Ansicht, sie dürften in Kenntnis der nicht ordnungsgemäßen Buchführung keine Steuererklärungen abgeben, die auf den Ergebnissen dieser Buchführung beruhen, ohne dem Finanzamt vom Zustand der Buchführung Kenntnis zu geben, in dieser allgemeinen Fassung nicht zutreffend..“

Auch insoweit, als den Angeschuldigten die Erschleichung von Steuervorteilen mit der Behauptung angelastet wird, auf diese habe mangels ordnungsgemäßer Buchführung kein Anspruch bestanden, wird bei einer ggf. vorzunehmenden Prüfung im Sinne der leichtfertigen Steuererklärung auf diese Grundsätze zurückzukommen sein. (. . .)

Anmerkung

Was für den steuerstrafrechtlichen Bereich richtig ist, gilt auch in Fragen der zivilrechtlichen Haftung des Steuerberaters:

Weder der Auftrag zur Hilfeleistung bei der Erstellung der Buchführung noch der Auftrag zur Überwachung der Buchführungsarbeiten beinhaltet die Verpflichtung zur Überprüfung von Zahlungsvorgängen auf ihre sachliche Richtigkeit hin. Der Steuerberater hat lediglich anhand der ihm übergebenen Unterlagen die Buchhaltung zu erstellen bzw. diese nachzuvollziehen. Es gehört nicht zu seinen Aufgaben zu prüfen, ob Zahlungen, die sich aus den Unterlagen ergeben, sachlich zu Recht erfolgt sind (so auch: LG Berlin Ur. v. 26.6.1979 – 150101/79; OLG Frankfurt Ur. v. 25.2.1975 – 14 U 140/72).

Führt der Vergleich der Betriebseinnahmen mit den Betriebsausgaben im Kassenbuch zu einem buchmäßigen Minus und weigert sich der

Mandant, höhere Betriebseinnahmen zu erklären, so bleibt dem Steuerberater nichts anderes übrig, „als die buchmäßigen Kassenfehlbestände durch Einlagebuchungen mit fiktivem Charakter auszugleichen“ (OLG Köln DStR 1973, 542).

Wenn der Mandant ihm unverständliche und unvollständige Belege zur Verfügung stellt, hat der Steuerberater dies dem Mandanten gegenüber zu vermerken. Weist der Mandant den Steuerberater dann an, unrichtige oder kaum durchschaubare Buchungen vorzunehmen, so kann der Steuerberater das Mandat beenden. Setzt er das Mandat fort, so kann darin kein Grund für einen späteren Regreß des Mandanten gesehen werden. Der BGH hat hierzu folgendes ausgeführt:

„Unter diesen Umständen kann der Beklagte auch keine Schadenersatzansprüche daraus herleiten, daß der Kläger (Steuerberater) die Erstellung der Jahresabschlüsse nicht abgelehnt hat. Mit der Möglichkeit, daß das Finanzamt die Bilanzen verwerfen würde, mußte der Beklagte nach der Belehrung durch den Kläger ebenso rechnen wie dieser selbst. Wenn er es darauf ankommen lassen wollte, kann er wegen des schließlichen Mißlingens keine Vorwürfe gegen den Kläger erheben. Pflichtwidrig könnte der Kläger (Steuerberater) allenfalls gegenüber dem Finanzamt gehandelt haben, nicht aber gegenüber dem Beklagten, dessen Verlangen er unter Hinweis auf die bestehenden Bedenken erfüllt hat“ (BGH VersR 1965, 292 = StB 1965, 74).

Setzt der Steuerberater das Mandat in Kenntnis mangelhafter Belege fort, so setzt er sich jedoch der Gefahr steuerstraf- und berufsrechtlicher Maßnahmen aus. Die Richtlinien der Berufsausübung der Steuerberater weisen ihn ausdrücklich an, sich jeglicher Tätigkeit zu versagen, wenn er für eine pflichtwidrige oder unlautere Handlung in Anspruch genommen werden soll (§13 Abs.3 der Standesrichtlinien).

Weiterführende Rechtsprechungshinweise:

- | | |
|--|--|
| 1) Buchungen bei unverständlichen und unvollständigen Belegen | OLG Düsseldorf
Ur. v. 9.3.84, GI 19/83 |
| 2) Zuschätzung bei Kassendifferenzen durch StB
Keine Rückfrage beim Mandanten erforderlich, da Mandant zur Vorlage vollständiger Belege und zur Aufzeichnung aller Einnahmen und Ausgaben verpflichtet ist. Dies gilt umso mehr, wenn bereits in den Vorjahren Zuschätzungen erforderlich waren | OLG Köln
Ur. v. 6.7.1984
– 3 U 292/83 – GI 20/84 |
| 3) Zur Notwendigkeit und zum Inhalt eines Kassenhauptbuchs | FG Rheinland-Pfalz
Ur. v. 15.12.1980, GI 7/81 |
-

GI – Hinweis zu Fehlerquellen im Finanzgerichtsprozeß

Wenn Sie sich über Fehlerursachen im finanzgerichtlichen Verfahren informieren wollen, so empfehlen wir den Aufsatz von Schmidt-Liebig, Fangeisen des finanzgerichtlichen Verfahrens, NWB Fach 2, S. 4511 ff. Der Verfasser – selbst Richter an einem Finanzgericht – hat dort eine „Typologie“ von Fehlern im Finanzgerichtsprozeß zusammengestellt.

Prospekthaftung einer Steuerberatungsgesellschaft

- Treuhänderin in Bauherrenmodell
 - Haftung wegen unrichtiger Prospektangabe
 - Haftungsausschluß für einfache Fahrlässigkeit
 - Vereinbarung einer Verjährungsfrist von 6 Monaten
 - Weiterführende Hinweise aus Rechtsprechung und Literatur
- (OLG Celle, Urt. v. 25.7.1985 – 14 U 223/84, rechtskräftig)

Leitsätze (des Gerichts):

Auch wenn eine Steuerberatungsgesellschaft nicht zu den Initiatoren, Gründern oder Gestaltern des Bauherrenmodells gehört, aber in anderer Weise in die Gestaltung des Prospekts oder in das Vertriebssystem einbezogen ist (z. B. als künftige Treuhänderin) und dies nach außen, wenn auch ohne Namensnennung, verlautbart und dadurch bei den Bauherren ein besonderer Vertrauenstatbestand geschaffen wird, kann eine Haftung nach den Grundsätzen der sogenannten „Prospekthaftung“ begründet werden.

Der Haftungsausschluß für einfache Fahrlässigkeit der Treuhänderin in einem formularmäßig abgefaßten Treuhandvertrag ist unwirksam.

Unwirksam ist auch die Regelung in einem Formular-Treuhandvertrag, daß Schadenersatzansprüche der Bauherren gegen die Treuhänderin innerhalb von 6 Monaten verjähren.

Aus den Gründen:

Prospekthaftung

Ob die Beklagte zu 1) zu den Initiatoren, Gründern oder Gestaltern des Bauherren-Modells gehörte, die das Management gebildet und den Prospekt herausgegeben haben, ist unerheblich und bedarf daher keiner Entscheidung. Denn die Prospektwerbung begründet eine Vertrauenshaftung auch für solche Personen, die in anderer Weise in die Gestaltung des Prospekts oder in das Vertriebssystem einbezogen sind und durch ihr nach außen in Erscheinung tretendes Mitwirken einen besonderen Vertrauenstatbestand schaffen und Erklärungen abgeben. Dazu gehören insbesondere Personen, die kraft Amtes oder Berufes und mit Rücksicht auf eine besondere Fachkunde oder eine allgemein anerkannt und herausgehobene berufliche und wirtschaftliche Stellung eine Garantstellung einnehmen (BGH NJW 1984, 865). Diese Voraussetzungen sind in der Person der Beklagten zu 1) erfüllt. Wie die Beklagte eingeräumt

hat, war sie mit ihrer Zustimmung schon vor Herausgabe des Prospekts als Treuhänderin vorgesehen. Mit der in dem Prospekt genannten Treuhänderin, einer Steuerberatungsgesellschaft, „die aus standesrechtlichen Gründen im Prospekt nicht genannt“ werden durfte, war daher die Beklagte zu 1) gemeint, wie deren Geschäftsführer in der mündlichen Verhandlung auch eingeräumt hat. Nach der Erklärung des Geschäftsführers der Beklagten war ihm auch der Inhalt des Prospekts schon im Zeitpunkt der Herausgabe bekannt. In diesem Zusammenhang fügt sich auch ohne weiteres ein, daß dem Prospekt das Blankett eines Vermittlungsauftrags beilag, der zum Abschluß eines Treuhandvertrages mit der Beklagten zu 1) ermächtigte, wie der Kläger weiter behauptet hat, wovon mangels Bestreitens der Beklagten auszugehen ist. Die Beklagte zu 1) war also dem Kläger bei Erhalt des Prospekts sogar namentlich bekannt. Damit jedenfalls war die Beklagte in den „Haftungsverbund“ der Prospekthaftung miteinbezogen. Das Bauherren-Modell diene der Steuerersparnis. Der Tatsache, daß eine Steuerberatungsgesellschaft als Treuhänderin auftrat, kam für die Interessenten besondere Bedeutung zu. Dies galt nicht nur im Hinblick auf die Erwartung der Interessenten, daß die größtmögliche Steuerersparnis erreicht werde. Vielmehr wurde durch das Mitwirken der Beklagten zu 1) als Treuhänderin auch der besondere Vertrauenstatbestand erweckt, daß sie als Steuerberatungsgesellschaft die korrekte Abwicklung entsprechend den im Prospekt enthaltenen Angaben garantierte. Die Beklagte **haftet für die Richtigkeit der Prospektangabe, daß eine „Mietzusage mit Zusage der Bankbürgschaft“ vorliege.** Diese Erklärung war mit ihrem Wissen und Willen in den Prospekt aufgenommen worden. Als Treuhänderin oblag gerade der Beklagten zu 1) der Abschluß der zur Durchführung des Bauvorhabens erforderlichen Verträge, wozu insbesondere auch die Einholung der versprochenen Mietgarantie gehörte, die nach dem Prospekt wiederum durch eine Bankbürgschaft gesichert werden sollte.

Verletzung des Treuhandvertrages

Darüber hinaus hat die Beklagte zu 1) aber auch deshalb für Angaben in dem Prospekt, deren Unvollständigkeit oder Unrichtigkeit ihr bekannt war oder jedenfalls hätte bekannt sein müssen, einzustehen, weil sie den **Treuhandvertrag** mit dem Kläger abgeschlossen hat und verpflichtet war, dem Kläger unvollständige und unrichtige Angaben in dem Prospekt zu offenbaren. Dies galt bereits, wenn sie nur Zweifel haben konnte, ob einzelne Angaben im Prospekt für den Kläger von Interesse waren oder nicht.

Verschulden

Die Beklagte zu 1) hat die **Tatsache, daß der Prospekt hinsichtlich der vorhandenen Mietsicherheit eine falsche Angabe enthielt, auch zu vertreten**. Sofern der Geschäftsführer der Beklagten nicht sogar wußte, daß die Angabe falsch war, hätte er sich bei gebotem Nachdenken jedenfalls sagen müssen, daß die Prospektangabe von einem Interessenten so verstanden werden mußte, eine das Vermietungsrisiko ausreichend abdeckende Bürgschaft liege vor. Die Beklagte hätte daher darauf hinwirken müssen, daß der Prospekt dahingehend klargestellt wurde, daß nur die Zusage der Beibringung einer Bankbürgschaft über DM 20.000,- vorliege. **Indem sie dies unterließ und die Herausgabe des Prospekts unter Hinweis auf ihre Mitwirkung zuließ, handelte die Beklagte zu 1) somit mindestens fahrlässig**. Darüber hinaus war die Beklagte zu 1) auch später bei Abschluß des Treuhandvertrages verpflichtet, den Kläger vollständig über die bestehenden oder in Aussicht genommenen Sicherheiten zu informieren. Sie kannte auch die Umstände, aus denen sich aus den bereits genannten Gründen die Aufklärungspflicht ergab.

Haftungsfreizeichnung für leichte Fahrlässigkeit

Außerdem ist eine Haftungsbefreiung für einfach Fahrlässigkeit in § 3 Nr. 5 des Treuhandvertrages auch **unwirksam, weil der Kläger dadurch entgegen den Geboten von Treu und Glauben unangemessen benachteiligt** würde (§ 9 Abs. 1 AGBG). Der Anwendung von § 9 AGBG steht nicht entgegen, daß nach § 11 Nr. 7 AGBG eine Haftungsbegrenzung auf grob fahrlässige oder vorsätzliche Vertragsverletzung in allgemeinen Geschäftsbedingungen oder Formularverträgen möglich ist (vgl. BGH NJW 1982, 331). In dem Treuhandvertrag hat der Kläger der Beklagten zu 1) eine umfassende Vollmacht zu den in den §§ 2 und 3 Nr. 1–3 genannten Rechtsgeschäften erteilt, insbesondere ihr den gesamten Zahlungsverkehr übertragen, um sich einerseits zu entlasten, andererseits aber auch eine einheitliche Handhabung durch die Treuhänderin für alle Bauherren zu erreichen. **Der Beklagten zu 1) als Treuhänderin wurde dabei eine ganz außergewöhnlich große Rechtsmacht und damit eine besondere Vertrauensstellung eingeräumt**. Die Regelung, daß die Beklagte zu 1) als Treuhänderin für leichte Fahrlässigkeit nicht haften solle, ist mit dem besonderen Vertrauensverhältnis, wie es zwischen dem Treuhänder und den Bauherren im Bauherren-Modell besteht, und der sich daraus ergebenden Pflichten der Beklagten zu 1) nicht zu vereinbaren (vgl. Vollhardt BB 1982, 2142, 2144). **Angesichts des Umfangs der der Beklagten zu 1) gewährten Rechtsmacht muß der Kläger ein Äquivalent dergestalt erhalten, daß die Beklagte zu 1) dem Gesetz entsprechend uneingeschränkt haftet**.

Ein schützenswertes Interesse der Beklagten zu 1) als Treuhänderin nur für grobe Fahrlässigkeit, also bei besonders grober und auch subjektiv schlechthin unentschuldbarer Pflichtverletzung eintreten zu müssen, ist dagegen nicht gegeben. Als Treuhänderin mußte sie sich besondere Mühe bei der Wahrung der Interessen des Klägers geben. Daß sie wirtschaftlich mit anderen Beteiligten verflochten war, mußte völlig zurücktreten. Das bloße wirtschaftliche Interesse, die Regreßgefahr möglichst gering zu halten, rechtfertigt eine Haftungsbeschränkung nicht, zumal dieses Interesse bei der Festlegung der Vergütung berücksichtigt werden konnte und sicherlich auch worden ist (die Beklagte zu 1 hat immerhin als Vergütung 3 % der Gesamtkosten erhalten; vgl. § 3 Nr. 8 des Treuhandvertrages) und außerdem das Haftungsrisiko durch den Abschluß einer entsprechenden Versicherung ausgeschlossen oder zumindest verringert werden konnte (ebenso Vollhardt BB 1983, S. 2143).

Einschränkung der Verjährungsregelung des § 68 StBerG

Die Regelung in § 3 Nr. 5 des Treuhandvertrages, daß Ansprüche gegen die Beklagte zu 1) innerhalb von 6 Monaten nach Beendigung des Treuhandverhältnisses verjähren, ist ebenfalls wegen Verstoßes gegen § 9 AG unwirksam, so daß dahingestellt bleiben kann, wann das Treuhandverhältnis tatsächlich geendet hat und ob die genannte Regelung auch für Ansprüche aus Verschulden bei Abschluß des Treuhandvertrages gilt. Auch insoweit würde der Kläger als Bauherr entgegen dem Gebot von Treu und Glauben **unangemessen benachteiligt**. Dies folgt ebenfalls aus der besonderen **Vertrauensstellung**, die der Beklagten zu 1) eingeräumt worden ist. Mit Recht verweist Vollhardt (a.a.O., S. 2145) darauf, daß bei Geschäftsbesorgungsverträgen mit Steuerberatern (vgl. § 68 StBerG) und Rechtsanwälten (vgl. § 51 BRAO) eine Verjährungsfrist von 3 Jahren und mit Wirtschaftsprüfern (§ 51 a WPO) sogar eine Verjährungsfrist von 5 Jahren gilt. Die Interessenlage von Treuhändern und Bauherren ist derjenigen der genannten Berufsgruppen und ihrer Mandanten vergleichbar. **Eine Verjährungsfrist, die nicht wenigstens der Regelung bei Rechtsanwälten und Steuerberatern entspricht, ist daher als unangemessene Benachteiligung der Bauherren anzusehen**, wobei auch zu berücksichtigen ist, daß die Beklagte zu 1) eine Steuerberatungsgesellschaft ist, Ansprüche gegen sie aus Steuerberatungstätigkeit also der dreijährigen Verjährungsfrist unterliegen. Hinzu kommt, daß die in dem Treuhandvertrag geregelte Verjährungsfrist von 6 Monaten hier den Kläger besonders deshalb benachteiligen würde, weil erst nach Ablauf von 5 Jahren endgültig beurteilt werden kann, welchen Mietverlust der Kläger erlitten hat.

Eine somit allenfalls zugrundezulegende Verjährungsfrist von drei Jahren war bei Einreichung der Klage noch nicht abgelaufen. Daher bedarf es keiner Entscheidung, ob nicht sogar eine längere Verjährungsfrist gilt.

Weiterführende Hinweise:

1. Kurzkomentar zum Urteil des OLG Celle vom 25.7.1985
Koeble, OLG Celle
EWiR § 675 BGB 6/85, 761
2. Zur Prospekthaftung des Treuhänders beim Bauherrenmodell
BGH, Urt. v. 27.10.1983 – VII ZR 12/82 – ZIP 84, 73 = DB 84, 338 = BB 84, 93 = NJW 84, 863 = WM 83, 1387:
Hat die Frage der Prospekthaftung des Treuhänders beim Bauherrenmodell offengelassen.
3. Schadenersatzansprüche des Mandanten aus einem Treuhandvertrag zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer verjähren in 5 Jahren gem. § 51a WPO.
OLG München, Urt. v. 19.12.1984 – 15 U 4675/83 – GI 21/85 = Stbg 1985, 188 = Mittbl. WPK 1985, 21
4. Während für die Prospekthaftung der Initiatoren einer Publikums-KG eine 6 monatige Verjährungsfrist gilt, beträgt die Verjährungsfrist für Schadenersatzansprüche wegen Verletzung vorvertraglicher Aufklärungspflichten des Treuhandkommanditisten als Vertragspartner der Anleger 30 Jahre.
OLG Frankfurt, Urt. v. 28.6.1984 – WM 1985, 383:
Aus dem Urteil ist nicht zu entnehmen, daß es sich bei dem Treuhandkommanditisten um einen Steuerberater, Wirtschaftsprüfer oder Rechtsanwalt gehandelt hat.
5. Ein als Treuhänder im Bauherrenmodell tätiger Steuerberater und Wirtschaftsprüfer kann die Verjährungsfrist für gegen ihn gerichtete Ansprüche nicht auf 6 Monate ab Bezugsfertigkeit der Wohnungen abkürzen (§ 9 AGB-Gesetz).
OLG Hamburg, Urt. v. 11.7.1984 – 5 U 115/83 – DB 1984, 2398

6. Zu Schadenersatzansprüchen gegen eine als Treuhandkommanditistin an Immobilienfonds beteiligte Bank wegen Verschuldens bei Vertragsverhandlungen, die auch dann erst in 30 Jahren verjähren, wenn über den Beitritt unter Verwendung von Prospekten verhandelt worden ist.
BGH, Urt. v. 14.1.1985 – II ZR 41/84 – WM 1985, 533
7. Zur formularmäßigen Einschränkung der Verjährungsfrist in Treuhandverträgen auf 6 Monate ab Kenntnis des Schadens (so LG Köln) oder ab Schlußrechnung (so LG Düsseldorf).
LG Köln, Urt. v. 29.3.1985 – 18 U 255/84 – GI 35/85
LG Düsseldorf, Urt. v. 30.4.1985 – 7 U 311/84 – GI 35/85
8. Zu Allgemeinen Geschäftsbedingungen in Treuhandverträgen
Vollhardt, Die Haftung des Treuhänders beim Bauherrenmodell
BB 1983, 2142 ff.

GI-Hinweise zu Schätzungsveranlagungen

1. OFD Köln zu rechtskräftigen Schätzungsbescheiden (§162 AO)

(Verfügung OFD Köln v. 2.7.1985, Az. S 0335/4 St 313,
Steuertelex Kennziffer 4143)

Ist ein Schätzungsbescheid rechtskräftig geworden, so sollte in Grenzfällen bei der Anwendung des §110 AO (Wiedereinsetzung in den vorigen Stand) nicht kleinlich verfahren werden, vor allem, wenn feststeht, daß die Schätzung eindeutig nicht den tatsächlichen Verhältnissen gerecht wird.

In diesen Fällen sind auch, sofern eine Berichtigung nach den Vorschriften der AO nicht mehr möglich ist, bei Vorliegen besonderer Härte Billigkeitsmaßnahmen in Erwägung zu ziehen, wobei die Rechtsprechung des BFH (BStBl 1963 III, S. 150), daß ein Erlaß hier nur ausnahmsweise in Betracht kommen kann, zu beachten ist. Eine solche Ausnahme könnte z. B. gegeben sein, wenn die Schätzung unter Verletzung der Ermittlungspflicht des Finanzamtes zustande gekommen ist und ihrem Gehalt nach zu einem untragbaren Ergebnis geführt hat.

Beispiel aus der Praxis:

Für 1980 wurde der Umsatz auf DM 44.000,- und der Gewinn auf DM 34.000,- geschätzt. Für das Veranlagungsjahr 1981 wurde der Umsatz auf DM 260.000,- und der Gewinn auf DM 150.000,- geschätzt. Wenn das Finanzamt für eine derartige Schätzung keinerlei Anhaltspunkte hatte, wird durch die Schätzung 1981 der allgemeine Untersuchungs- und Fürsorgegrundsatz der §§ 88 und 89 AO verletzt. Ein Billigkeitserlaß aus sachlichen Gründen ist dann gerechtfertigt. Vertretbar wäre allenfalls eine Schätzung des Umsatzes mit DM 75.000,- und des Gewinns mit DM 68.000,- gewesen. Dabei hätte das Finanzamt berücksichtigt, daß bereits die Besteuerungsgrundlage 1980 geschätzt werden mußte und die Steuerbescheide nicht angefochten wurden, und darüber hinaus aus den Akten eine steigende Tendenz der Einnahmen vermutet werden konnte.

2. Vorbehalt der Nachprüfung bei Schätzungsveranlagungen

(Erlaß Saarland v. 8.7.1985 – B II – 295/85 – S 0337 A,
Steuertelex 49/8)

Bislang waren Schätzungsveranlagungen grundsätzlich nur unter dem Vorbehalt der Nachprüfung durchzuführen. Diese Regelung wird aufgehoben.

GI-Leitsätze

Eine **Mandatsschutzklausel** ist im Zweifel auch für die Zeit nach dem Erreichen der Altersgrenze und dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienstverhältnis bestimmt. Das Bestehen einer betrieblichen Versorgungszusage allein ergibt noch keinen abweichenden Vertragswillen beider Parteien.

Eine Versorgungszusage kann die Anrechnung der Karenzentschädigung auf die Betriebsrente vorsehen; dies muß jedoch eindeutig zum Ausdruck gebracht werden.

Es erscheint zweifelhaft, ob eine Betriebsrente nach § 74 c HGB auf die Karenzentschädigung anzurechnen ist.

(BAG, Ur. v. 26.2.1985 – 3 AZR 162/84; WM 1985, S. 1326)

Rechtsanwälte und Notare können nicht zu einem **Fremdenverkehrsbeitrag** herangezogen werden, da ihnen der Fremdenverkehr weder unmittelbar noch mittelbar wirtschaftliche Vorteile bietet.

(VG Oldenburg, Ur. v. 23.10.1984 – VG A 132/84; AnwBl 1985, S. 535)

Wird ein Steuerberater, der die Führung der Lohnkonten und die Anfertigung der Lohnabrechnung übernommen hat, vom Mandanten auf Ersatz von Lohnsteuernachforderungen in Anspruch genommen, welche dadurch veranlaßt worden sind, daß der Mandant von seinen Arbeitnehmern keine Lohnsteuerkarten angefordert und der Steuerberater die Lohnsteuer nach einem zu niedrigen Pauschalsatz berechnet hat, so trägt der Steuerberater die **Beweislast** dafür, daß er den Mandanten auf die **Notwendigkeit der Anforderung der Lohnsteuerkarten** und die mangels Vorlage der Lohnsteuerkarten drohenden Nachteile hingewiesen hat (BGB § 282).

(OLG Düsseldorf, Ur. v. 21.11.1985 – 18 U 102/85)

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.